



Dreigeteilter Protest?

Durchsichtiges Manöver vor Anhörungstermin - Demonstration an Offenbacher Stadthalle - Region lässt sich nicht auseinanderdividieren

Wer den Erörterungstermin zur A 380-Werft in Mörfelden erlebt hat, kann sich noch gut an die chaotischen Zustände erinnern. Dem Ansturm der Einwenderinnen und Einwender waren die Organisatoren nicht gewachsen, einige mussten sogar draußen bleiben, obwohl sie Anspruch auf Einlass gehabt hätten.

Bei der am 12. September in der Offenbacher Stadthalle beginnenden Anhörung geht es nun nicht mehr um ein Teilprojekt, sondern um den „großen Flughafen-Ausbau“ einschließlich der neuen Nordwest-Landebahn. Waren es bei der A 380-Halle noch 41.000 Einwendungen, sind es nun bereits 127.000 - ein deutlicher Beweis dafür, dass es in der Region spürbaren Widerstand gegen das viel zu groß dimensionierte Projekt gibt.

Um Szenen wie in Mörfelden zu verhindern, hat das Regierungspräsidium in Darmstadt beschlossen, den Eröffnungstermin einfach regional zu teilen. Für Montag, 12. September, sind Einwenderinnen und Einwender aus Frankfurt sowie Stadt und Kreis Offenbach eingeladen. Bürgerinnen und Bürger aus dem Kreis Groß-Gerau, der Stadt Darmstadt und dem Landkreis Darmstadt-Dieburg werden nach Wunsch des Regierungspräsidiums am Dienstag, 13. September, erwartet, während die Bewohnerinnen und Bewohner des Main-Taunus-Kreises, der Stadt Mainz, des Kreises Mainz-Bingen und anderer Kommunen am Donnerstag, 15. September, kommen sollen. Um es an dieser Stelle klar zu sagen: Wer zu dem für ihn vom Regierungspräsidium vorgeschlagenen Termin nicht erscheinen kann, erleidet keine Nachteile!

Ob wirklich nur rein praktische Gründe hierfür ausschlaggebend sind, darf bezweifelt werden. Letztlich geht es wohl auch darum, den Protest zu dritteln und möglichst klein erscheinen zu lassen - schließlich passen Bilder des Widerstands keineswegs ins Konzept der Fraport und der Ausbaubefürworter.

Die Bürgerinitiativen und die Initiative Zukunft Rhein-Main laden daher für den 12. September um 9.30 Uhr zu einer Demonstration vor der Stadthalle ein. Sie wollen zeigen, dass sich die Region nicht auseinanderdividieren lässt!

Kommen Sie zu der Demonstration vor Beginn des Erörterungstermins, auch wenn in der Halle zunächst nur Personen zugelassen sind, die eine Einwendung abgeben haben. Sie können hier ebenso wie die Kreise, Städte und Gemeinden ihre Bedenken gegen das riesige Bauvorhaben vortragen. Beginn an den drei Auftakttagen ist um 10 Uhr, ab 16. September wird dann montags bis freitags von 9.30 bis 19 Uhr beraten. Lediglich der Mittwoch dient als Ruhetag.

Die Dauer der Anhörung wird auf mindestens ein halbes Jahr geschätzt, womöglich ist hierfür sogar noch mehr Zeit einzuplanen. Da nur wenige Privatleute den gesamten Termin verfolgen können, werden die Kommunen versuchen, die Rechte ihrer Bürgerinnen und Bürger in diesem Verfahren zu wahren. ■

**Eine Region wehrt sich
gegen den Flughafenausbau
für ein Nachtflugverbot**

KUNDGEBUNG
zum Beginn des Erörterungstermins
**Montag, 12. September 2005,
9:30 Uhr, Offenbach, Stadthalle**

Bündnis der Bürgerinitiativen „Kein Flughafenausbau - Nachtflugverbot“

www.flughafen-bi.de



**Liebe Mitbürgerinnen,
liebe Mitbürger!**

Sie halten das 12. Extrablatt der Initiative Zukunft Rhein-Main in Händen. Gleich an dieser Stelle gilt Ihnen mein herzlicher Dank: Über 127.000 Einwendungen im Planfeststellungsverfahren zum Flughafenausbau sind eine stolze Zahl. Sie belegen, dass die Region sich wehrt, nicht damit einverstanden ist, immer weiter zugelermt zu werden.

So viele Einwendungen sind keine Selbstverständlichkeit, da sicher jeder Gründe dafür anführen könnte, weshalb er es nicht rechtzeitig geschafft hat, seine Bedenken vorzubringen. Deshalb im Namen unserer Initiative Dank dafür, dass sich so viele Menschen im Rhein-Main-Gebiet dazu entschlossen haben, selbst aktiv zu werden!

Um es allen Kritikern noch einmal zu sagen: Es geht uns nicht darum, den Flughafen an seiner Entwicklung zu hindern. Er soll sich entwickeln dürfen - allerdings in seinen vorhandenen Grenzen. Was wir verhindern möchten, ist eine ungezügelte Expansion. Leben und arbeiten, diese Verbindung muss im Rhein-Main-Gebiet weiter möglich sein. Denn auch die tausendfach versprochenen Arbeitsplätze werden nicht helfen, wenn die Menschen vor Lärm krank werden.

Noch eine Bitte an Sie: Kommen Sie zum Beginn des Erörterungstermins am 12. September zur Offenbacher Stadthalle und zeigen Sie, wie die Region zum geplanten Flughafenausbau steht. Tragen Sie Ihre Einwände vor, und seien Sie sicher: die Kommunen werden alles tun, um in der langwierigen Anhörung Ihre Interessen zu wahren.

Das verspreche ich Ihnen.

Ihr Enno Siehr



Ansturm: Beim Erörterungstermin zum Bau der A 380-Halle herrschten teilweise chaotische Zustände. Gegen den Flughafen-Ausbau gibt es jetzt drei Mal so viele Einwendungen.

Unbedingt hingehen!

Die Stadt Neu-Isenburg (36.000 Einwohner) im Südosten des Frankfurter Airports ist in weiten Teilen stark von Fluglärm betroffen. Das Extrablatt sprach mit Bürgermeister Dirk-Oliver Quilling (CDU) über den Erörterungstermin zum Ausbau.

Extrablatt: Herr Quilling, wie sähen die Folgen eines Flughafenausbaus für Neu-Isenburg aus?



Dirk-Oliver Quilling: Die nächstliegende Anflugschneise des Flughafens verläuft circa 800 Meter nördlich von unserer Wohnbebauung. Schon jetzt ist es dort wegen des Fluglärms viel zu laut. Dies bescheinigt uns auch der renommierte Gutachter für Fluglärm, Herr Dr. Kühner. Besonders betroffen ist dabei Zeppelinheim und das Westend von Neu-Isenburg. Das Ziel des Flughafenausbaus ist eine Steigerung der Anzahl der Flugbewegungen. Das wird den Fluglärm noch steigern, was im Übrigen auch den Gutachten für das Planfeststellungsverfahren zu entnehmen ist. Wir sind nicht bereit, eine solche Verschlechterung der Wohnsituation für Tausende von Menschen in unserer Stadt hinzunehmen und werden uns dagegen, wie bisher, zur Wehr setzen. Bisher wenig beachtet ist die Tatsache, dass die Zunahme der Flugbewegungen auch zu einem höheren Ausstoß bestimmter Luftschadstoffe führt. Im aktuellen Luftreinhalteplan für den Ballungsraum Rhein-Main ist dieses Thema trotz unserer Kritik leider sehr stiefmütterlich abgehandelt worden.

EB: Hat die Stadt aktiv für Einwendungen geworben?

D.-O. Q.: Ja. Durch Mitteilungen in der Presse, Verteilung von Informationen an alle Haushalte und

eine große Informationsveranstaltung in der Hugenottenhalle haben wir uns an alle Bürgerinnen und Bürger gewandt. Außerdem haben wir in Zusammenarbeit mit der Bürgerinitiative alle Einwenderinnen und Einwender des Raumordnungsverfahrens angesprochen und mit Textvorschlägen für Einwendungen versorgt.

EB: Raten Sie Ihren Bürgerinnen und Bürgern, zum Erörterungstermin zu gehen?

D.-O. Q.: Unbedingt! Jede Einwenderin, jeder Einwender hat hier noch mal die Chance, sein Anliegen zu erläutern und zu diskutieren.

EB: Was wird die Stadt beim Erörterungstermin in Offenbach tun?

D.-O. Q.: Wir sind dort dauerhaft durch die Anwaltskanzlei Haldenwang vertreten. Im Rahmen der Zusammenarbeit der Kommunen in der Initiative Zukunft Rhein-Main werden dort auch unsere Fachgutachter Stellung nehmen. Je nach behandeltem Thema werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den verschiedenen Fachbereichen unserer Stadtverwaltung bei dem Termin anwesend sein. Ich selber werde auch hingehen, aber bei der geplanten Dauer von einem halben Jahr werde ich mir die Themen herauspicken, die ich für wichtig halte.

EB: Herr Quilling, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Adressen und Infos

Fluglärmbeschwerdetelefon der Flughafen Frankfurt/Main AG
Infotelefon/Fluglärmtelefon: 0800/2345679
Kostenfrei rund um die Uhr besetzt

Kreis Groß-Gerau
Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung und „Zukunft Rhein-Main – Aktion gegen Flughafen- ausbau“
Kreisausschuss des Kreises Groß-Gerau
Wilhelm-Seipp-Straße 4, 64521 Groß-Gerau
Telefon: 06152/989142
E-Mail: wubf@kreisgg.de
www.zukunft-rhein-main.de

Regionales Dialogforum (RDF)
Bürgerbüro des Regionalen Dialogforums
Im Eichsfeld 4, 65428 Rüsselsheim
Telefon: 06142/798791
www.dialogforum-flughafen.de

Bündnis der Bürgerinitiativen
„Keine Flughafenerweiterung“
Winfried Heuser
An der Kreuzheck 6, 60529 Frankfurt/Main
Telefon: 069/355464
E-Mail: winfried.heuser@t-online.de
www.flughafen-bi.de

Mainzer Bürgerinitiative gegen die Flughafen- erweiterung Rhein-Main
c/o Bürogemeinschaft 42
Kaiser-Wilhelm-Ring 11, 55118 Mainz
Telefon: 06131/611973

BUND LV Hessen
Triftstraße 47, 60528 Frankfurt
Telefon: 069/6773760
Thomas Norgall
E-Mail: thomas.norgall@bund.net
www.bund-hessen.net

Unterschriften gegen Landesentwicklungsplan:
www.flughafen.unser-forum.de/docs/LEP_UL_Kurz.pdf

BUND LV Rheinland-Pfalz
Gärtnergasse 16, 55116 Mainz
Telefon: 06131/231973
E-Mail: bund.rheinlandpfalz@bund.net

Kommunale Arbeitsgemeinschaft Flughafen Frankfurt/Main (KAG)
Wilhelm-Seipp-Str. 4, 64521 Groß-Gerau
Telefon: 06152/989864
E-Mail: kag-ffm@gmx.de
www.kag-flughafen-ffm.de



Info-Telefon: 06152/989142 und 989391

Weitere Internetadressen
www.fluglaerm.de
www.ig-fluglaerm.de
www.mediation-flughafen.de
www.profutura.net
www.rm-institut.de

Impressum
Herausgeber: Kreisverwaltung Groß-Gerau
Presse- und Informationsamt